

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Halle öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach 1000. Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 955-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach 1000. Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 2.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 3.20 monatlich, M. 12.80 vierteljährlich, mit Zustell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Volantiers. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des mitstehenden Angebots.

Anzeigenpreise: Letztliche Anzeigen M. 1.20, auswärtige Anzeigen M. 1.80, deutsche Anzeigen M. 5.—,
auswärtige Anzeigen M. 7.— für die erste Zeile, die zweite Zeile oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
sonstigen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Rüst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Dienstag, 15. Februar 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 76. + 69. Jahrgang.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) In poli-
tischen Kreisen Berlins hält man die in der Pariser
Presse zum Ausdruck gekommene Meinung, daß Berg-
mann deutsche Gegenentwürfe mit nach Paris bringen
würde, für einen Versuchsaßon. Es dürfte wohl
als ausgeschlossen gelten, daß bei der gegenwärtigen
Lage Deutschland sich einseitig mit einem Teilnehmer
der Pariser Konferenz vor Beginn der Londoner Kon-
ferenz auseinander zu setzen versucht. Deutschland hat
die Einladung zu dieser Konferenz angenommen und
dadurch dokumentiert, daß es diese Konferenz als die
geeignete Gelegenheit betrachtet, um mit seinen Gegen-
entwürfen hervorzutreten. In den Gegenentwürfen
selbst kann gesagt werden, daß die Verhandlungen bis-
her sich im allgemeinen lediglich darauf erstreckten, fest-
zustellen, welche Forderungen Deutschland nicht an-
nehmen kann und wie eine gleichmäßige Befastigung der
verschiedenen Wirtschaftsgruppen Deutschlands zu er-
zielen ist. Was die Gerüchte über eine beabsichtigte
deutsche Anleihe in New York anbelangt, von der
Bertinag im „Echo de Paris“ immer wieder spricht, so
liegt diese Frage bereits seit langer Zeit in der Luft.
Ein offizielles Herantreten Deutschlands an Amerika
kann aber solange nicht geschehen, als der Kriegszustand
zwischen Deutschland und Amerika noch besteht und der
neue Präsident sein Amt noch nicht übernommen hat.
Im übrigen darf wohl auf das verwiesen werden, was
Dr. Simons in seiner Stuttgarter Rede über die Stel-
lung Amerikas zu den Pariser Beschlüssen ausgeführt
hat.

Bergmanns Wirken in Paris.

W.T.B. Paris, 14. Febr. Das „Journal des Débats“
heißt mit anderen Wörtern, daß Staatssekretär Berg-
mann seit seiner Rückkehr nach Paris Fühlung mit
den französischen Kreisen gesucht habe. Das Blatt
sagt, man wisse in offiziellen Kreisen noch nichts von einem
besonderen Schritt. Es sei nicht unmöglich, daß Bergmann
vor seiner Abreise nach London Sondierungen gemacht und
Beratungen über gewisse Einzelheiten der deutschen
Gegenentwürfe angestellt habe. Es sei unnötig zu
sagen, daß die französische Regierung keine Initiative er-
greifen werde, um vor der Londoner Konferenz Zusammen-
künfte oder Verhandlungen mit den deutschen Delegierten
voranzuführen. Über sie werde sie nicht ablehnen, wenn sie
vorgeschlagen würden.

Der deutsche Außenminister über die innere Politik.

Br. Stuttgart, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der
Minister des Äußern Dr. Simons empfing in der Presse-
abteilung des Staatsministeriums die Vertreter der Presse.
Er wies darauf hin, daß der Vordienst in Spa seinerzeit
verlagert habe, weil von Spa aus den deutschen Vertretern ein
ganz ungenügender Nachrichtenapparat zur Verfügung stand.
Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes müsse einen
mehr journalistischen Charakter annehmen, um dem bureau-
kratischen Charakter der bisherigen Verhältnisse entgegen-
zuwirken. Wie er sich das Verhältnis des Jour-
nalismus zum Vordienst dachte, habe er aus Anlaß des Ju-
bielums des Reichsverbandes der deutschen Presse in Berlin
ausgesprochen. Aufgabe der Presse sei, den Regierungen
ihre Arbeit zu erleichtern. Auch in der Kritik solle sie sich
von Grundgedanken leiten lassen, die unsere Stellung zu dem
Ausland eher stärken als schwächen. Die innere politische
Lage, die er in seiner ersten Rede abgelehnt nicht gestreift
habe, sei wohl gewarnt, aber praktisch doch nicht so, daß man
nicht über die Schwierigkeiten hinweg zu einer Einigung ge-
langen könne. Der Minister brachte dabei die Gegenüber-
stellung der Reichsregierung und der Mehrzahl der deutschen
Landesregierungen einleitend und wies andererseits zur
Sprache, besaß aber ausdrücklich, daß sie in ihrer prak-
tischen Auswirkung lange nicht so tiefgreifend seien, wie viel-
fach dargestellt werde. Er sprach die feste Zuversicht aus, daß
wir auch über diese Schwierigkeiten glücklich hinwegkommen.
Er habe es sich zur Aufgabe gemacht, die äußere Politik
Deutschlands nicht vom Stübchen in der Wilhelmstraße
aus zu machen, sondern in enger Verbindung mit dem deut-
schen Volk. Zu diesem Zweck liege es auch nahe, daß die deut-
schen Außenminister nach den Ländern kommen.

Der Widerhall der Stuttgarter Rede.

Br. Berlin, 15. Febr. (Havas.) Zur Stuttgarter Rede
Dr. Simons meint das „Zeit Journal“, die Stuttgarter
Rede stelle keine Abwägung der Reichstags-
rede des Ministers vom 1. Februar dar, in der er erklärte,
die deutsche Regierung werde die Entscheidungen der Pariser
Konferenz nicht einmal als Grundlage für Verhandlungen
anerkennen. Die zwei letzten Wochen schienen also Dr.
Simons noch nicht zur Einsicht gebracht zu haben. Die Stutt-
garter Rede ließe vielmehr eine Befestigung der Reichstags-
erklärung. Von einer Festlegung des Gutgebens, von einer
Pauschalumme, von festen oder abänderungsfähigen Jahres-
zahlungen sei keine Rede. Nichts von alledem habe den
„Deutschen“, sagt das Blatt, „Was wollen sie denn dann in
London, und warum weigern sie sich nicht von vornherein,
die Beisprechungen fortzusetzen. Dr. Simons geht es um
mit entscheidender Unklarheit ein: er fürchtet die Zwangsmaß-
nahmen. Die Deutschen haben nur einen Grund, nach
London zu gehen: um Zeit zu gewinnen.“ Das Blatt hofft,
daß die Alliierten, da Dr. Simons nun einmal seine Ab-
sichten kundgegeben habe, die nächsten Wochen dazu benutzen
würden, sich im voraus über ein kurzfristiges Vorhaben
einig zu werden, um — so heißt es wortlich in dem Blatt —
falls die deutsche Diktatorität genügend feststeht, zu
den bewussten Zwangsmaßnahmen zu greifen, die das Ber-
liner Kabinett so sehr fürchtet.

Der Mainzer Berichterstatter des „Echo de Paris“
schreibt, Dr. Simons habe in seiner Stuttgarter Rede keine
Zahlen genannt, aber in privaten Unterredungen habe er

sich dahin ausgesprochen, daß, so viel man überlegen könne,
die deutsche Bilanz etwa 60 bis 80 Milliarden Goldmark aus-
machen würde, die in 30 Jahren zu zahlen seien und von
denen die Hälfte zur Deckung der Reparationen in natura
in den Etat eingebracht werden sollten, während man für die
andere Hälfte zu internationalen Anleihen zu greifen ver-
suchen werde, die durch Zölle oder Staatsbonds hergestellt
würden. Indessen wisse man allgemein in Deutschland
daran, ob diese Bedingungen den Alliierten annahmbar er-
scheinen würden, und deshalb denke jedenfalls in Deutsch-
land niemand daran, die Note Focke über die Entwaflung
zur Ausführung gelangen zu lassen. Die „Köln. Ztg.“
hat geschrieben: „Wir müssen an unsere Entfesselung
denken!“ — „Lacht uns an die unsrigen denken!“, schließt der
Berichterstatter des „Echo de Paris“.

Der Reichswehrminister über die Pariser Forderungen.

W.T.B. Berlin, 14. Febr. In einer stark besuchten
Wahlerversammlung in Bochum verbreitete sich gestern
Reichswehrminister Focke über den Friedensvertrag und
die Pariser Forderungen der Alliierten und warnte dringend
davor, von der russischen Illusionspolitik der
Vinsabstimmung oder von einem amerikanischen Eingreifen
irgendwelche Hilfe zu erwarten. Nur die vollkommene
Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen
Volkes könnten uns retten.

Dr. Wirth über die Londoner Verhandlungen.

W.T.B. Berlin, 14. Febr. In Münster sprach auf
Veranlassung der Zentrumspartei Reichsfinanzminister Dr.
Wirth über die bevorstehenden Londoner Verhandlungen.
Wenn in London nur ein Diktat entgegengenommen werden
solle, dann sei er der Auffassung, daß die deutschen Minister
erst gefragt werden müßten, die dann nach London gingen.
Eine Diskussion müßte unter allen Umständen statt-
finden. Wirtschaftlich laienverständliche Menschen müßten sich
um den grünen Tisch sammeln. Mit Vernunft und Gefühl
wolle die deutsche Regierung nach London gehen, aber die
Gefühlswelt allein dürfe uns nicht beherrschen. Daß die ge-
suchte Verhandlung uns an der Schwere und unend-
liche Opfer auferlegen würde, sei selbstverständlich. Doch
könne man seine Vermögenswerte geben, die Arbeit müsse
die Grundlage sein, auf der man in London verhandle.

Die Antwort Bayerns.

Br. Berlin, 14. Febr. Das gestern durch den bayeri-
schen Gesandten dem Reichkanzler übergebene Schrei-
ben der bayerischen Regierung vom
11. d. M. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der
letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Re-
gierung in der Einwohnerwehr- und der Entwaflungs-
frage wieder, wonach die Einwohnerwehren für
das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit
darstellen. Sie betont ferner, daß sie den Entschluß der
Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen ab-
zuwarten an die Durchführung der Entwaflung heran-
zutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichs-
regierung gleichwohl zum Vollzug des Entwaflungs-
bittats vorgehen zu müssen glaube, so müsse die bayeri-
sche Regierung die Verantwortung für diese
Maßnahme der Reichsregierung überlassen.

Gegen die Regierung von Kahr.

Br. München, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die
Sozialdemokratie veranstaltete gestern eine
Volksversammlung, in der der Vizepräsident
des bayerischen Landtags, Auer, über die Ereignisse
der letzten Tage sprach. Er übte scharfe Kritik an der
Regierungspolitik. Ministerpräsident v. Kahr lasse
alles an sich herantommen, während die Situation ge-
rade Initiative verlangt hätte. Eine Resolution pro-
testierte gegen die Pariser Forderungen, aber auch gegen
die chauvinistischen Machenschaften der Kahr-Regierung.

Die Holzlieferungsverhandlungen mit der Entente unterbrochen.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Ver-
handlungen mit der Entente über die im Friedensvertrag
vorgesehenen deutschen Holzlieferungen, die schon seit
geraumer Zeit geführt werden und verschiedentlich unter-
brochen werden müßten, da es nicht möglich war, die beider-
seitigen Standpunkte zu vereinen, haben eine erneute
Unterbrechung erfahren. Die deutschen Sachver-
ständigen sind bereits zurückgekehrt. Die Entente bietet
Bäume, die weit unter den deutschen Marktpreisen in Deutschland
liegen und zu denen eine Vollerfüllung für die deutsche Holz-
industrie ganz unmöglich ist. Nach Ansicht der Sachleute ist
damit die Lieferung von deutschem Rohholz für die Entente
in weite Ferne gerückt.

Das neue Drisklassenverzeichnis.

Br. Berlin, 14. Febr. Seitdem an Stelle der bisherigen
einheitlichen Steuerzuschläge nach Drisklassen ge-
stufte Teuerungsbeurteilungen getreten sind, ist die
Frage eines neuen Drisklassenverzeichnisses naturgemäß er-
heblich in den Vordergrund gerückt worden. Es ist selbst-
verständlich, wenn von allen Seiten auf eine schnelle
Herstellung des neuen Verzeichnisses gedrängt wird.
Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß es sich
um eine äußerst umfangreiche Arbeit und um eine an-
gelegentlich von großer Wichtigkeit handelt, die eine über-
sichtliche Bearbeitung nicht vertritt. Die Vorarbeiten stehen
nunmehr vor dem Abschluß. Die Vorschläge der Länder für
die Einkünfte der Orte über 10 000 Einwohner sind größtenteils
eingearbeitet, so daß demnächst die in Aussicht gestellten
Beurteilungen mit den Vertretern der Beamtenorgani-
sationen besprochen werden können. Nach Beendigung der Vorarbeiten
wird die endgültige Vorlage im Reichsfinanz-
ministerium mit größter Beschleunigung fertiggestellt und
dem Reichsrat und dem Reichstag zur Beschlussfassung zu-
geleitet werden.

Der russisch-polnische Friede.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Frie-
densverhandlungen in Riga scheinen nun in letzter Zeit
zute Fortschritte zu machen, wenn sich auch die von
Paris aus verbreitete Nachricht, daß der Friede bereits ge-
schlossen sei, als falsch erwiesen hat. Ganz so schnell geht
die Entwicklung doch nicht, aber auch die „Rigaische Rund-
schau“ erwartet den Friedensschluss für den Anfang März.
Nur vor dieser günstigen Wendung waren einige Schwierig-
keiten bei den Verhandlungen aufgetreten, die sich
hauptsächlich auf die Frage der Goldzahlungen bezogen.
Polen beantragt einen Teil des russischen Goldschatzes und
hatte hier recht beträchtliche Forderungen gestellt. Seit
dem ein Kompromiß zustande zu kommen, nach dem Polen
30 bis 35 Millionen Goldrubel erhält. Auch in der Eisen-
bahnfrage bestanden bislang noch Meinungsverschieden-
heiten. Polen verlangt die Rückführung sämtlicher wäh-
rend des Krieges eroberten rollenden Materials, während
man auf Seite der Russen die polnischen Lokomotiven und
Wagen als Kriegsbeute betrachtet und die Rückgabe ver-
weigert. Doch die Verhandlungen nehmen einen glatten Verlauf
nahmen. Es steht zu erwarten, daß man sich immer berück-
sichtigen, daß Polen, das mehr als den zehnten Teil des ehe-
maligen russischen Reiches anreichte, natürlich daran inter-
essiert ist, so viel wie möglich seines früheren Eigentums zu-
rückzubekommen, während die Sowjetregierung möglichst wenig
herausgeben möchte, vielmehr auch wohl kaum in der Lage
ist, die verschleppten Lokomotiven, Fabrikmaschinen usw.
zurückzuführen. Trotzdem scheint man nun mit einem
glücklichen Abschluß der Verhandlungen rechnen zu können.

Eine Ergänzung zum deutsch-polnischen Amnestievertrag.

Br. Berlin, 14. Febr. Gestern wurde im Auswärtigen
Amt der Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrag
vom 1. Oktober 1919 über die Freilassung festgehaltener Ver-
urteilten und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polni-
scher Amnestievertrag) von den deutschen und den polnischen
Unterhändlern unterzeichnet. Der Vertrag befaßt
sich mit der Ratifizierung durch die gesetzgebenden Körper-
schaften.

Eine weitere Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere?

W.T.B. Berlin, 14. Febr. Wie wir von zuständi-
ger Seite hören, treffen die Meldungen von einer be-
vorstehenden Beschlagnahme ausländischer
Wertpapiere, die aus nicht amtlicher Quelle stamm-
ten, nicht zu. Wie das Reichsfinanzministerium mit-
teilt, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, wann und
in welchem Umfang eine weitere Beschlagnahme aus-
ländischer Wertpapiere erfolgen wird.

Zuschüsse für die Gemeinden abgelehnt.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichs-
rat hatte bekanntlich 100 Millionen für Zuschüsse
zur Gewährung von Beihilfen an die Gemeinden, so weit
sie wirtschaftlich nicht leistungsfähig sind, vorgeschlagen.
Die Reichsregierung hat nunmehr diesen Beihilfen des Reichs-
rats abgelehnt. Die Entscheidung liegt jetzt beim
Reichstag, der seinerzeit eine ablehnende Haltung einge-
nommen hatte.

Abbau der Demobilisierungsverordnungen.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Dem Reichs-
rat ist der Entwurf einer Verordnung über die Been-
digung der wirtschaftlichen Demobilisierungs-
maßnahmen ausgearbeitet. Danach sollen die Demobilisierungs-
maßnahmen bis zum 31. März d. S. aufhören.

Keine Erhöhung der Kalipreise.

Br. Magdeburg, 15. Febr. Die Pressestelle des Ober-
präsidenten meldet: Durch die Presse gehen Gerüchte, daß
eine Erhöhung der Kalipreise um 50 Prozent und mehr in
Aussicht stünde. Demgegenüber sei festgestellt, daß eine solche
Erhöhung von interessierter Seite beim Reichskabinett zwar
beantragt, vom Reichskabinett aber abgelehnt wor-
den ist. Jede Beunruhigung der Landwirtschaft in dieser
Richtung entbehrt also der Begründung.

Einspruch gegen die sippische Befoldungsordnung.

Br. Detmold, 15. Febr. Gegen die sippische Befoldungs-
ordnung für Beamte und Angestellte hat das Reichsfinanz-
ministerium auf Grund des sogenannten Sperrgesetzes Ein-
spruch erhoben. Die Befoldungsordnung wird nunmehr
von dem am 18. Februar zusammentretenden Landtag noch-
mals durchberaten.

Der Prozeß Hiller.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Unter
starkem Andrang des Publikums begann vor dem
Schwurgericht in Moabit der Prozeß gegen den
früheren Oberleutnant beim Gardefüsilierregiment, den
jetzigen Assessor Hiller wegen Mißhandlung eines
Untergebenen und Körperverletzung mit tödlichem Aus-
gang. Der Fall Hiller-Helmke hat bereits zweimal
die Gerichte beschäftigt, zuerst das Militärgericht, das
den früheren Oberleutnant Hiller wegen Körperver-
letzung mit tödlichem Ausgang freisprach und ihn wegen
Mißhandlung eines Untergebenen zu sieben Wochen
Festung verurteilte. Das Oberkriegsgericht legte wegen
sachlichen Gründen gegen dieses Urteil Berufung ein.
In der abermaligen Verhandlung wurde Hiller wegen
Mißhandlung und Körperverletzung mit tödlichem Aus-
gang zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.
Dieses Urteil wurde nun aus formalen Gründen ange-
fochten. Nach Aufhebung der Militärgerichte wurde
der Fall Hiller-Helmke nunmehr dem Schwur-
gericht übergeben, das jetzt nochmals die ganzen Vor-
gänge aufrollen wird.

Wiesbadener Nachrichten.

— Die Liste der Deutschen demokratischen Partei zu den bevorstehenden Wahlen bezeichnet folgende Kandidaten: Provinzialliste: Wiesbaden: Stadt: 1. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Alexander Uberti, Wiesbaden. 2. Stadtverordneter Justizrath Adolf v. Ed. Wiesbaden. 3. Stadtverordnete Frau Anna Reben, Wiesbaden. 4. Stadtverordneter Architekt Erik Bildner, Wiesbaden. 5. Kantangestellter Karl Sauerwein, Wiesbaden. 6. Lehrer Paul Merien, Wiesbaden. Provinzialliste: Wiesbaden-Land: 1. Rechtsanwalt Reinhard Finlay-Frendlich, Biebrich. 2. Schlossermeister Karl Kötter, Schierstein. 3. Chemiker Dr. Koele, Biebrich. 4. Werkmeister Max Klinger, Dohheim. 5. Postbetriebsrat Otto Weis, Biebrich. Kreisliste: 1. Rechtsanwalt Reinhard Finlay-Frendlich, Biebrich. 2. Steinbauwerkmeister August Bach, Biebrich. 3. Magistratssekretär Kraus, Dohheim. 4. Land- und Gutsrath Hans Grabbeimer, Hirsheim. 5. Baumeister Georg Gauß, Dohheim. 6. Lehrer Dentice, Sonnenberg. 7. Landwirt Ludwig Stritter, Biebrich. 8. Schuhmachermeister Sattler, Schierstein. 9. Schlossermeister Seegen, Erbenheim. 10. Rottenführer Johann Gutjahr, Hirsheim. 11. Kaufmann Karl Schmidt, Mollenheim. 12. Gärtner Stefan Schmidt, Dohheim. 13. Stadt. Baumeister Julius Schenk, Biebrich. 14. Kolonist Friedrich Schreiner, Biebrich. 15. Lehrerin Dentriette Kraft, Biebrich.

— Schutz vor Wahlbetrug. Der preussische Minister des Innern richtete an die Regierungspräsidenten folgenden Erlass: Im Hinblick auf die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtag usw., erlaube ich die Polizeibehörden darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um eine ungehörte Durchführung des Wahlgeschäfts, auch im Falle einer nachfolgenden Bewegung, in Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.

Das erste Auslandsvieh am hiesigen Viehmarkt. Allgemein ruhig war am gestrigen Viehmarkt das Geschäft bei einem Zutrieb von 38 Kindern, darunter 5 Ochsen, 6 Bullen, 25 Rüben und Färlen, 69 Kälbern, 2 Schafen, 45 Schweinen; außerdem fanden 11 Ochsen, 2 Bullen und 46 Kühe aus Dänemark, das erste Auslandsvieh, zum Verkauf. Es überhandt verbieth nicht. Die Kinderpreise stiegen gegen den vergangenen Montagmarkt etwas an, Kälber und Schafe stiegen den vorwöchigen Preisstand, während die Schweinepreise in allen Qualitäten 100 M. pro 100 Pfund Lebendgewicht nach unten stiegen. Man notierte: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 925 bis 975 M. und die noch nicht gezogen haben, 900 bis 850 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 850 bis 900 M.; Bullen: vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 850 bis 900 M., fleischige, jüngere 750 bis 800 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 700 bis 750 M.; Färlen und Kühe: vollfleischige, ausgemästete Färlen, höchsten Schlachtwerts 925 bis 975 M., vollfleischige, ausgemästete Kühe, höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 800 bis 850 M., wenig gut entwickelte Kühe und Färlen 700 bis 750 M., und ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe 600 bis 650 M., mäßig genährte Kühe und Färlen 550 bis 600 M.; Kälber: Doppelender, feinste Maß 1200 bis 1300 M., feinste Maßfärlen 1000 bis 1100 M., mittlere Maß und beste Saugfärlen 900 bis 975 M., geringe Maß und gute Saugfärlen 750 bis 800 M.; Schafe: Weidenachschafe: Maßlämmer und Maßdämmler 750 bis 800 M., geringe Maßdämmler und Schafe 650 bis 700 M.; Vollfleischige Schweine von 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht 1350 bis 1400 M., vollfleischige Schweine unter 160 Pfund Lebendgewicht 1300 bis 1350 M., fleischige von 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht 1350 bis 1400 M., fleischige von 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht 1350 bis 1400 M. Alles pro 100 Pfund Lebendgewicht.

— Brennholzabgabe. Das städtische Holzamt gibt im Allgemeinen bekannt, daß an jeden Haushalt sowie an gewerbliche Verbraucher sulfidirtes Stod- bezw. Wurzelholz für Heizungen und Kesselheizungen zuacchneiden, in jeder Menge abgegeben wird. Mit Rücksicht auf die größere Brennauer und gleichwerrige Heizkraft wie bei normalem Brennholz empfiehlt es sich, bei der immer noch andauernden Kohlenknappheit hiervon möglichst Gebrauch zu machen.

— Keine Viehhäufungen mehr. Auf eine Vorstellung des kaiserlichen Landwirtschaftsministers hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt, dass es mit Rücksicht auf den Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung eine Fortsetzung der vierstehenden Viehhäufungen nicht mehr für erforderlich halte und zunächst auf die Durchführung der Viehhäufung verzichte.

— **Freiende des Sülkstoffes.** Die Regierung hat die Bewirtschaftung von Sülkstoff am 1. Januar d. J. aufzuheben und Sülkstoff zum freien Handel zugelassen. Sülkstoff kann heute zum Gebrauch im Haushalt von Jedermann in den einschlägigen Geschäften ohne Marken gekauft werden. Der Verbrauch erfährt lediglich eine Beschränkung insofern, als die Fabriken nur eine bestimmte Menge für den Inlandsbedarf herstellen dürfen. Die Herstellung des Erzeugnisses untersteht weiter der Aufsicht des Reichs.

Kurbans.

Am Montag fand im „Kleinen Saal“ der 2. Kammermusikabend unseres neugegründeten „Wiesbadener Streichquartetts“ statt. Vier anerkannte Instrumentalisten sind hier am Werke: Herr Konzertmeister Francis Aranyi mit seiner virtuosen Begabung, dem klaren transparenten Ton und der durchdringenden Musikalität — ein „Erster Geiger“; Herr Ludwig Schotte, voll unweigerlicher technischer Gewandtheit und musikalischer Zuverlässigkeit — zum „Zweiten Geiger“ auserkoren; Herr Ernst Groell — ein „Bratschi“ — von vornehmer künstlerischer Schulung; und der „Cellist“ — Herr Max Schildbach, den man auch hier wieder gern als fundamentale Stütze des Ensembles begrüßt. Vor so manchen Quartett-Gesellschaften nah und fern hat das neue „Wiesbadener Streichquartett“ nicht unwichtige Vorteile voraus. Sei nur erinnert, daß die vier Herren des zerstreuten und anstrengenden Opers-„Dienstes“ entbunden und in ihrer Kunstbetätigung nur auf bessere und beste Konzertmusik angewiesen sind; daß sie die Tonentwicklung ihres Spiels auf einen bestimmten, wirklich kammermusikalisch angelegten Raum einstellen dürfen; daß sie von allen, oft recht ärgerlichen, gekünstelten Konzerttugen befreit sind; und so noch genug anderes. Solche Vorteile verpflichten aber auch. Und es dürfen hohe Ansprüche gestellt werden.

Run, mit Schuberts „A-Moll-Quartett“ wurde gefeiert bereits ein recht rühmlicher Beweis von ernstem und eifrigem Streben abgelegt. In der klandestinen Darstellung ward ebenso auf das Innenleben der Schönheitslinie wie auf lebendige Charakteristik geachtet. Abgesehen von einigen Stellen, wo die tieferen Instrumente stärker als nötig hervorstrahlen, vermißten die 4 Stimmen zu schöner harmonischer Einheit und Reinheit. Sonderlich gut gelang das erste „Allegro“, dessen künigle Romantik mit warmer Nachempfindung ausgedrückt erschien. Das „Andante“ hätte durch ruhigeres Zeitmaß gewiß noch an fleiblicher Wirkung gewonnen; doch der temperamentoelle Anfänger scheint gern — auch das „Finale“ lieb das erkennen — zu frühem Vorwärtsschreiten geneigt. Et kann sich das leisten; für die klare Ausweisung des Figurenwerks im Ensemble bleibt's aber leicht etwas gewagt. Im „Mennett-Allegretto“; herzerfreuend-lichtvoller „Gelang“ der vier Männer — im stilleren Saal; denn das ist auch hier die neueste, noch sehr zweifelhafte Errungenschaft: Schubert bel Noth!

— **Verband von Spirituosen.** Der Reichsbeauftragte für die Abrechnung der Ein- und Ausfuhr hat der Handelskammer von Wiesbaden mitgeteilt, daß eine Abstemmung der Trachtirien durch die Handelskammern beim Verband von Spirituosen aus dem beletzten nach dem unbesetzten Gebiet nicht mehr erforderlich ist.

— Weiteres Sinken der Eierpreise. Der allgemeine Preisrückgang am Lebensmittelmart ist auch auf die hohen Eierpreise nicht ohne Einfluss geblieben. Die Preise, die in den letzten Wochen rapide gestiegen sind, geben weiter zurück und die in Bayern gegründete Arbeitsgemeinschaft von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Konsumvereinen sowie der Eierhandel haben beschlossen, einen Erzeugerpreis von höchstens 1 M. zu bezahlen. In vielen Gegenden erwartet man in den nächsten Wochen ein weiteres Zurückgehen der Preise auf 70 und 80 Pf. das Stück.

— Frankfurter Messe. Die diesjährige Frühjahrsmesse beginnt am 16. März und endet am 5. April.

— Ein gemeinsames Handelsministerium. Aus Bingen wird uns berichtet: In der Vollversammlung der Handelskammer Bingen teilte der Vorsitzende mit, daß ein besonderes Breißeorgan der Handelskammern des besetzten Gebietes geschaffen werden soll. Die Veramslung sprach sich für die Schöpfung eines solchen Zentralorgans aus.

— Der kaufmännische Arbeitsmarkt war im vergangenen Monat erheblich lebhafter als im Vormonat. Es meldeten sich beim vereinigten Stellennachweis der kaufmännischen Vereine 78 neue Bewerber gegen 49 im Dezember. Die Anzahl der gemeldeten Stellen blieb jedoch ziemlich unverändert. Immerhin konnten im Berichtsmonat 38 Stellen gegen 28 im Vormonat vermittelt werden. Auch in der Lehrstellenermittlung zeigte im Lauf des Januar ein regerer Geschäftsgang ein, indem sich 43 Lehrlinge und Lehramädchen gegen 7 im Vormonat neu meldeten. Es wurde eine entsprechende Anzahl Lehrstellen gemeldet, und zwar 41 gegen 11 im Vormonat. Etwas über die Hälfte der gemeldeten Lehrstellen betreffen Lehrpersonal für den Verkauf; hierin aber liegt eine große Schwierigkeit, die auch ständig in der Lehrstellenermittlung wiederkehrt, da das Lehrpersonal fast ausnahmslos Bureauvoten wünscht. 10 Lehrstellen konnten besetzt werden. Die Statistik für Januar ergibt folgendes: übertrag aus dem Vormonat 123 Bewerber, neu angemeldet 78 Bewerber, zusammen 206 Bewerber, offene Stellen 57, vermittelte Stellen 28, Lehrlinge waren gemeldet und aus dem Vormonat übertragen 1, offene Stellen für Bureau 21, für Verkauf 20, vermittelte Lehrstellen 10. Gesamtsieger der vermittelten Stellen 38.

— Ein Institut für Verkehrslehre. Aus Köln wird uns berichtet: Nachdem es gelungen ist, weiteste Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, Industrie, Handel und Landwirtschaft, insbesondere aber auch die staatlichen und kommunalen Behörden, für die Gründung eines Instituts für Verkehrslehre zu interessieren, hat der Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Förderung eines Instituts für Verkehrslehre beschlossen, dieses Unternehmen im Anschluß an die Universität Köln ins Leben zu rufen. Ein Verkehrsarchiv soll der Forschung dienen und Auskünfte über Verkehrsfragen erteilen. Die Lehrthätigkeit soll alle Fragen des Verkehrslebens umfassen.

— Preussisch-jüdische Klassenlotterie. In der Vormittagsziehung am Freitag fielen: 30 000 M. auf Nr. 109 953, 50 000 M. auf Nr. 151 158, 3000 M. auf Nr. 173 371. In der Nachmittagsziehung: 100 000 M. auf Nr. 166 476, 50 000 M. auf Nr. 77 128, 5000 M. auf Nr. 146 077, 3000 M. auf Nr. 139 216.

— Die **Kildesheimer Votha**. Aus Kildesheim wird uns berichtet: Hier hat eine moderne Wählerin ihren Dreifuß aufgerichtet. Sie findet denartigen Jubelruf das seit einigen Tagen eine wahre Völkerverwanderung nach hier von denen, die nicht alle werden, eingelegt hat. Das Treiben hat nunmehr die Unmühsamkeit der Votha der Nachbarorte erregt, die (wie bereits aus Gelsenheim berichtet) öffentlich vor dem Besuch die'er Wählerin warnen und Anzeigen zum strafrechtlichen Vorgehen gegen sie entgegnen nimmt.

— Ein bedauerlicher Unfallsfall. In einem Hause an der Prudenstraße wurde am Montagmorgen eine Frau mit starken Brandwunden tot in ihrer Küche liegend gefunden. Familienangehörige, welche in dem Nebenraum schliefen, hatten von einem Todesstuss nichts gehört. Dieser Umstand sowie die ganze Situation lassen darauf schließen, daß die Frau, während sie vor einer brennenden Kerze am Tische die Kleider in Brand geraten sind und sie dann in der Aufregung einen Vergiftungs erlitt.

— Eine Diebin. Ein Moratsmädchen, das in der Mauerhalle bei einem Mehrgemeitter bedientet und in der Wohnung desselben orientiert war, öffnete mit einem Nachschlüssel die Vorläufigkeit zur Wohnung, holte in derselben aus einer Schublade den Rallenschrankschlüssel und entnahm dem Rallenschrankschlüssel 35 000 R. Der Diebstahl wurde gemeldet und die Diebin verhaftet.

— Die Eisenbahndiebstähle. Im Bereich der ehemals preussisch-heftischen Eisenbahnen (Reichsverkehrsministerium Zweiklassen Preussen-Hessen) wurden 1920 insgesamt 238 97 Diebstahlsfälle festgestellt. Hiervon entfielen auf: Gepä-

„Debüts bei Nachtbeleuchtung“ läßt man sich schon eben
gefallen; — obgleich ebenfalls sehr überflüssig. In
„Quatuor en Sol mineur“ des französischen Meisters be-
zeugte schon die Auffassung und Durchführung des ersten be-
scheidenden Satzes, wie die vier Spieler auch mit dieser fei-
nervigen Stimmungslautstärke bereits innig vertraut gemein-
haben; da klang alles in der That „animé et très-décidé“.
Und so war die überaus befallige Aufnahme des „Wie-
baderen Streichquartetts“ nur gerechtfertigt.

Zwischen den Werken von Schubert und Debüssi (welche beide erst kürzlich im „Kunstlerorgel“ zu Gehör kamen) wurde die prächtige Violinsonate (A-Dur) von César Franck durch Herrn Arango und den Pianisten Edward Zudmayer zur Ausführung gebracht. An Herrn Zudmayer's Klavierkunst ist immer Geist und Herz gleicherweise beteiligt. Wie bei der anspruchsvollen Klavierpartie nur natürlich übernahm er mit funktfertiger Hand die Führung und — führte zum Sieg: Herr Arango schloß sich mit feuriger Auswirkung seines lobdrehenden Talents verständnisvoll an und wie in den leidenschaftlichen ersten Sätzen des Werkes so in dem pathetischen „Requiem“ und dem lebhaft erröthenden „Finale“ — erhob sich der Vortrag dieser beiden allgütigen Spieler auch zu entsprechend allgütiger Wirkung. O.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Man schreibt uns aus Berlin: Die tragische Liebe des Chevalier de Villiers zur eigenen Mutter, Ninon de l'Enclos, ist von Eouard Stoude dramatisch aufgearbeitet und in den Mittelpunkt einer Tragödie „Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf“ gestellt worden, die aber nur im Belwert dramatische Vorzüge entfaltete. Die unzulänglich vorbereitete Aufführung im Berliner Trianontheater kann weder auf den Erfolg des Dichters noch der Darstellung gebucht werden. Ernst Wachter, der Dichter und Gründer des Harnbergtheaters bei Thale am Berentzplatz, vollendete am 18. Februar sein 50. Lebensjahr. Ernst Wachter blickt auf eine dichterisch schöpferische Zeit zurück. Zu den bekanntesten seiner zahlreichen Werke gehören der Roman „Coning“, seine Gedichte „Unter der goldenen Brücke“, seine Bühnenspiele „Unter den Buchen von Sohns“, „Schleierbraut“, „Mittsommer“, das Drama „Die schöne Melusine“, das Trauerspiel „Widutind“ und seine Kriegserinn-

7842, Grottegut 6246, Einfriedgut 82 701, Fruchtgut 124 678, Raueingutungen 17 509. Die Zahl der ermittelten Diebe beträgt 17 140. Daron entfallen auf Eisenbahndienstleute 8806 (Beamte 1274, Hilfsbeamte und Arbeiter 7532), auf Personen außerhalb des Eisenbahndienstes 8334. Wegen Diebstähle, Schleichungen und Bestechungen wurden 1920 insgesamt 5770 Eisenbahndienstleute entlassen, darunter 458 Beamte und 5312 Hilfsbeamte und Arbeiter.

— Deutsche Volkspartei. Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 Uhr, findet in der Aula des Gymnasiums 2 am Gieseych eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Juliusberger, stellv. Bezirks-Präsident d. M. über Beamtenfragen und Deutsche Volkspartei und Fräulein W. Fröhlich (Edgä. a. M.) über Frauen, Schule und Jugend im neuen Landtag sprechen werden. (Einsch. aus Interco.)

— Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschnationalen Volkspartei hält heute abend 8 Uhr eine Versammlung ab, in der eine allgemeine Aussprache über die Forderungen und die letzten Ergebnisse stattfindet. Versammlungsort: Lokal Cranienstraße 33, Wädensheim.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Der Verein der Künstler und Kunstfreunde veranstaltete am Donnerstag, den 17. Februar, im Zivillustro sein 8. Vereinskonzert, zu welchem das Mannheimer Quartett gewonnen wurde. Der Vortragsabend von Frau Willepp, der wegen Erkrankung der Künstlerin verfallen werden mußte, findet voraussichtlich Ende März oder Anfang April statt.

* **Wiesbaden** Künstler antwortet. Theo Paul Münch, ehem. Grobherzog. Hofkapellmeister, jetzt erster jugendlicher Feld am Condorier Stadttheater, wurde, wie uns mitgeteilt wird, nach erfolgreichem Aufnahmungsproben auf die Vereinigten Stadttheater Kiel zu Intendant Dr. Alberten verpflichtet. Münch, ein geborener Wiesbadener, begann seine Laufbahn am hiesigen Rallend-Theater unter Direktor Dr. Kausch.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen.

= **Königsheim.** 12. Febr. Im Saale des Gasthauses „Zum grünen Baum“ fand heute hier eine Versammlung von Verbandsmitgliedern landwirtschaftlicher Genossenschaften im Oberaunsteife statt, in welcher Verbandsdirektor Pettigau in Wiesbaden die Gründung eines Kreisverbandes anregte, welcher den Zweck haben soll, die künftigen Genossenschaften im Oberaunsteife enger zusammenzufassen, um hierdurch bessere Verbindung mit der Bauernschaftsorganisation nehmen zu können. Der anwesende Vertreter der Landwirtschaftskammer, Herr Winterfeldt, Direktor Dr. Wümming-Lingen, berichtete, daß in seinem Verwaltungsbereich noch vielfach durch untreue Händler künstliche Düngeartikel angeboten werden, welche wenig oder auch wirklich keinerlei Düngungswert besitzen. Es seien doch häufig 4 Waggons eines angeblich 12prozent. Thomasmehls durch einen Händler an Landwirte abgegeben worden, dessen Untersuchung nur einen Gehalt von knapp 8 Proz. zitronensäurer Phosphorsäure erwies habe. Die Landwirte müßten sich bei Bezug ihrer Betriebsmittel lediglich ihrer Genossenschaften bedienen, deren Geschäftszentrale Warenverkauf nur noch garantierter Qualität stülten. Da Vorstandsmitglied der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, Herr Dr. C. Hellmuth in Wiesbaden, berichtete über die heutige Marktlage und Bezugsmöglichkeiten von Düng- und Futtermitteln, sowie Sonstiges, führte aus, daß die Zentralgenossenschaft die Absicht habe, möglichst am Bahnhof Königsheim ein Lagerhaus zu errichten. Das vom Kreisverband in Wiesbaden vorgelegte Kreisverbandstatut wurde gelesen und einstimmig angenommen. Als Beisitzer des Kreisverbandes wurde Herr Joh. Jäger-Therulsel, als Kreisverbandsauswärtiger die Herren Michael Angerhausen-Güldenbach, Joh. Reinhard Müller-Schmalbach, Th. Kieß-Niederhöchstadt, Bürgermeister Peter Specht-Schmalbach, Hans Keller-Glöckstein, Heinrich Geis-Mittenheim gewählt. Gegen 5 Uhr schloß Verbandsdirektor Pettigau die anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, daß der neu gegründete Kreisverband sich gut entwickeln und zu einer lebhaften Förderung der genossenschaftlichen Arbeit in seinem Bezirk beitragen möge.

Neues aus aller Welt.

Eine vorhergehende Epistelen ereignete sich, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, aus unbekannter Ursache kurz vor Schluss der Arbeitstage auf dem an der Straße Beschlingens - Dülles gelegenen Feuerwerksfabrikbetrieb Humberts u. Co. In dieser Fabrik werden Rumballstangen für Kinder pistolen hergestellt. Durch die Epistelen wurden ein Betriebsjahr mit zehn Arbeiterinnen getödtet, sieben Mädchen wurden schwer verletzt. Die Fabrik ist sehr dünn besetzt. Die umliegenden Häuser und der denkmalreiche Park wurden schwer beschädigt.

Millionen-Schuldungen mit Schlichttrieb. Vom Breslauer Landespollge-
amt sind umfangreiche Verfügungen, bei denen Werte von vielen
Millionen verurteilt worden sind, aufgestellt worden. An dem Schlichtungs-
amt sind die Richtergräbnermeister Hieschauer-Breslau und Kleinmann
Breslau, Knoblich-Pügnitz und Stein-Emben beteiligt. Durch Be-
stimmung von Angehörten der Breslauer Provinzialen Hieschauer erhielt
die Richtergräbnermeister an telefonischen Anruf binnen 24 Stunden
Ausführungsanweisungen für jede beliebige Menge Vieh nach allen Richtungen.
Nach den bisherigen Schlichtungen kamen allein aus den letzten Monaten
hundertet Selder Fälle nachgewiesen werden, bei denen zum Teil aus
schweren Umständen entstanden vorgenommen worden sind.

Eindbruch in die Villa des Staatsministers v. D. Dernburg. Einbruch
in die Villa des früheren Staatsministers Dernburg im Grunewald.
Die erbeuteten außer mehreren Kleinigkeiten drei Teppiche
Werte von 50 000 Mk.

Ein schwerer Bootsunfall. Auf dem Wiebigssee hat sich, wie aus Berlin gemeldet wird, ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Im Einzelnen sollte der Hiesigermeister Schieffelin aus Berlin zu Besuch des Kommandanten. Er wollte seine Frau, die im Kaiserthaler Krankenhaus Nowa-Grada bei Breslau sich befindet, nach dem See mit sich nehmen. Der Kommandant hatte jedoch Bedenken, da der See nach Wiebzig bei dieser Fahrt in der Kalm gefährlich sei, und vier Personen sich ertränken. Die Leichen der Ertrunkenen konnten nicht geborgen werden.

zungen, von denen er auch einen Teil in seiner Gedächtnis-
lung „Kriegsbeute“ niedergelegt hat. Mit dem Plan, die
Sartor Bergtheaterschwebie Wächler nicht nur eine Refor-
der Szene, sondern weit mehr, die Reform des Lebens, an-
höchstes Ziel vor. Die Schaubühne sollte neu geboren wer-
den aus dem Geist des Volkes und aus der Natur, um ein
erfrischender, erneuernder Bohn des Lebens für die Natio-
n zu werden. Das Landtheater als Feststätte unter A-
nführung an die muthliche Überlieferung des Ortes, das war
das Ziel der Bewegung. Sie fand Beifall und trug den
Namen des Bergtheaters durch Deutschland und über die
Grenzen hinaus. Die Gattin des Dichters und Theater-
leiters, Frau Käthe Hausa, war, wie noch in Erinnerung
sein dürfte, in den Kriegsjahren ein geschätztes Mitglied
Wiesbadener Residenz-Theaters unter Dir. D.
Rauch. — Nach einer Refonung aus Leipzig wurde an
der außerordentlichen Verammlung des Börsenvereins der
deutschen Buchändler beschlossen, daß die Teuerung an-
zuschläge für Bücher zunächst weiter in Kraft
bleiben. Nur für wissenschaftliche Bücher treten gewisse E-
leichterungen ein.

Widende Kunst und Musik. Ein von Max Klinge stammender Überlebensgroßer Gipskopf von Richard Wagner, der für das geplante Leizniger Richard-Wagner-Denkmal bestimmt war, ist von Klingers Witwe der Stadt Leipzig überlassen worden. Dieser Kopf ist aus Stützmitteln in Bronze ausgeführt worden und soll an einem Marmorpostament im Klingersaal des Leipziger Museums der bildenden Künste aufgestellt finden. — Davor kurzem im städtischen Museum zu Amsterdam eröffnete Frühjahrsausstellung der holländischen Künstlervereinigung „De Onafhankelijken“ enthält auch eine Reihe von Werken moderner deutscher Künstler. Unter den deutschen Gästen, die in dem großen Erdemal ihre Werke zeigen, befinden sich Bealstein, Deas, Schmidt-Rottluff, Cölar Klein, Meizer, Wilhelm Schmitz, Helling u. a. Bei der Eröffnung betonte der Vorsitzende der Vereinigung Maurits de Groot die Wichtigkeit der internationalen Beziehungen für das Kunstleben und hob Deutschlands Anteil an der kulturellen Gemeinschaft hervor. In der Hamburger Volksope wurde Heinrich Zöllners Musikdrama „Die versunkene Glocke“ zur erfolgreichen Erstaufführung in Hamburg gebracht.

Büromöbel

eigener Anfertigung.

Karl Fischer
Schreiner.

Laden: Faulbrunnenstr. 11
Werkst.: Götzenstraße 15.

la Bodenwachs

1/2 Dose nur 11.75
1a la geruchlos 14.75
Für leere Dosen vergütet
50 Pf.

Drogerie Backe
Tannstraße 5.



Sohlensparer
schützt die Schuhsohlen
gegen Risse und macht
sie 4fach haltbar.

Lederöl
hält weich u. gleichmäßig
kleinere Gerüche:
Dobalwerke Wiesbaden

Chemisches Anzeigeb.
Jedes Räumung:

Reiter (Jahre 10 Mt.)
im Handwagen 1 Mt.
Fah. bei Gütler u. Co.
G. m. b. H., Billrothstraße
38 u. 39.

Kühner- augen?

Der „Alladinstit“
hilft sofort!
Seit Jahren bewährt!
Preis 2.00.

Drogerie A. Jünke,
K.-Fr.-Hg. 30. Tel. 6520.

la Saat- Kartoffeln

sowie Spezial-Kartoffeln,
jede Menge hat abzugeben
Seelbach.
Tel. 4468. Blücherstr. 19

Robine jetzt
Pagenstecherfr. 1. 2.
Chr. Maurer
Tücher- u. Malerarbeit.

Malen, Tücher-
und Ankreiderarbeiten
m. laub. aut u. bill. aus-
gef. B. Sabel, Dohmeimer
Str. 126. 1. Rauntshaler
Straße 20. Karte genügt.

Auskünfte

Auskunftsstelle des
Karl-Fischer-Büro
Wiesbaden,
Friedrichstraße 31.

Empfehle meine neuen
Speisezimmer
(Brüderempfang)

für 4500 Mt., auch bei
Zahlungs-Erleichterung
feine Erhöhung, es wird
auch gebrauchte Möbel in
Zahlung genommen. An-
sehen ohne Kaufmann.
Möbelhaus „3 Adler“.
Damenstraße 12.

Schlafzimmer

mit Bettelkoffer 14. 3. 1.
Einl. Schlafzimmer
u. Küche, beides kompl.,
zu verkaufen Dr. Dietrich
Hof 22. Hof rechts.

Al. Diwan,
Gastel, Bett, Balkon,
Nachricht, Kanapee, Tisch,
Kleiderkasten, Tisch, etc.
Bett mit Matratze, Stühle
für billig zu verkaufen.
Schwab, Dr. Dietrich, 7. B.

Ruhig-pol. Beritto.
Kühner Schreibe, n. d. b.
pol. Tisch, sehr schöner
offener, Viller für Gas u.
Elektr. billig, Bernhardt,
Dohmeimer Str. 20. 34. 3.

Drei Kaffeebrände
u. 1 Kaffee-Schreibetisch
sehr billig zum Verkauf.
Hert. Möbelhaus „Drei
Adler“, Dr. Dietrichstr. 12.

Prospekt. Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A.-G.

in Wiesbaden.

Nom. M. 3600 000.— neue Aktien
3600 Stück Nr. 12 001—15 600 zu je M. 1000.—

Die Gesellschaft für Linde's Eismaschinen Aktien-
Gesellschaft in Wiesbaden wurde im Jahre 1879 er-
richtet.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wiesbaden;
in München, Nürnberg, Dresden, Leipzig und Sürth be-
stehen Zweigniederlassungen.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) Die Nutzbarmachung der Linde'schen Patente auf Kälteerzeugungs- und Eismaschinen, sowie die eventuelle Erwerbung und Nutzbarmachung neuer Patente;
- b) Die Errichtung von Kälteerzeugungsanlagen und Eisfabriken für eigene und fremde Rechnung;
- c) Beteiligung an Unternehmungen, welche mit obigen Zwecken in Zusammenhang stehen.

Das Aktienkapital betrug bisher M. 12 000 000.—.

Die Generalversammlung vom 9. März 1920 hat be-
schlossen, das Grundkapital von M. 12 000 000.— auf
M. 15 000 000.— zu erhöhen durch Ausgabe von:

1. 600 Stück auf den Inhaber lautender Aktien im
Nennwerte von je M. 1000.— mit Gewinnberech-
tigung vom 1. Januar 1920 ab. Diese neuen
Aktien sind in Gemäßheit des abgeschlossenen
Fusionsvertrages den Aktionären der Deutschen
Oxydrie A.-G. gewährt worden, und zwar je vier
Aktien gegen 5 Aktien der letzteren Gesellschaft.
2. 3000 Stück auf den Inhaber lautender Aktien im
Nennwerte von je M. 1000.— mit Dividenden-
berechtigung vom 1. Januar 1920 ab, die unter
Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zum
Kurse von 120 % an ein Bankenkonsortium be-
geben wurden mit der Verpflichtung, sie zum
gleichen Kurse den Aktionären der Gesellschaft
im Verhältnis von 1 neuen Aktie zu 4 alten Aktien
anzubieten. Das Angebot ist erfolgt. Das er-
zielte Aufgeld fließt nach Abzug der Unkosten der
Kapitalerhöhung dem Reservefonds zu.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgte zur Ver-
stärkung der Betriebsmittel.

3. 2000 Stück auf den Namen lautender Vorzugs-
aktien im Nennwerte von je M. 200.— mit fünf-
teltem Stimmrecht und mit einer festen Vorzugs-
gewinnberechtigung von 6 % vom 1. Januar 1920
ab mit dem Recht auf Nachzahlung aus dem Ge-
winne späterer Geschäftsjahre. Diese Vorzugs-
aktien dürfen gemäß § 180 und 222 des Handels-
gesetzbuches nur mit Zustimmung des Aufsichts-
rats und der Generalversammlung übertragen wer-
den. Bis zum 1. Januar 1920 können diese Vor-
zugsaktien nur durch einstimmigen Beschluß der
Generalversammlung in Inhaber-Aktien umge-
wandelt werden.

Diese Aktien wurden unter Ausschluss des Be-
zugsrechts der Aktionäre zum Nennwerte von den
Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstandes
der Gesellschaft übernommen.

Das Grundkapital beträgt nunmehr M. 16 000 000.—,
eingeteilt in 15 600 gleichberechtigte Inhaber-Aktien
Nr. 1—15 600, jede im Betrage von M. 1000.—, welche
mit der faksimilierten Unterschrift des Vorstandes sowie
eines Mitgliedes des Aufsichtsrats versehen sind und
2000 Stück Vorzugs-Aktien, auf den Namen lautend,
über je M. 200.— Nr. 15 601—17 600.

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 bis 6 Mitgliedern;
gegenwärtig aus den Herren:

Geheimrat Dr. Carl von Linde, Professor in
München, Vorsitzender, Dr. Otto Jung, Kom-
merzienrat, Direktor der Mainzer Aktien-Brauerei
in Mainz, stellvertretend, Vorsitzender, Richard
Buz, Kommerzienrat, Generaldirektor der Ver-
einigten Maschinenfabriken Augsburg-Nürnberg in
Augsburg, Rechtsanwalt Dr. jur. Max Oeschel-
hauser, persönlich haftender Gesellschafter
der C. Schlesinger-Trier u. Co. Commanditgesellschaft
auf Aktien, Berlin, und Dr. ing. Theodor
Plieninger, Generaldirektor der Chemischen
Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. M.

Der Aufsichtsrat bezieht neben Ersatz seiner Aus-
lagen eine Tantieme von 6 % des Reingewinns, welcher
nach Vornahme der gesetzlich bestimmten Zuweisungen
zum Reservefonds, sämtlicher Abschreibungen und Rück-
lagen, sowie einer Verzinsung von 4 % des eingezahlten
Grundkapitals verbleibt — mindestens aber M. 25 000.—.

Die Tantiemesteuer wird von der Gesellschaft ge-
tragen.

Den Vorstand bilden zurzeit Herr Friedrich Schipper
in Wiesbaden und Herr Dr. Friedrich Linde, München,
von denen ein jeder zur Alleinzeichnung namens der
Gesellschaft berechtigt ist. Stellvertretendes Vorstands-
mitglied ist Herr Ernst Volland in Sürth bei Köln a. Rh.

Die ordentliche Generalversammlung findet in Wies-
baden oder in einem anderen vom Aufsichtsrat bestimm-
ten Orte Deutschlands statt.

Die von seiten der Gesellschaftsorgane erforder-
lichen Bekanntmachungen müssen in dem Deut-
schen Reichsanzeiger erfolgen. Die Gesellschaft ver-
pflichtet sich, alle die Aktien betreffenden Bekannt-
machungen außerdem noch in zwei weiteren Berliner
Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Ueber die Verwendung des Reingewinns beschließt
laut Statut die Generalversammlung.

Die Dividende betrug 1915 8 %, 1916 10 %, 1917
12 1/2 %, 1918 12 % und 1919 12 % auf M. 12 000 000.—
Aktienkapital.

Die Dividende ist zurzeit, außer bei der Gesell-
schaftskasse, bei

**C. Schlesinger-Trier & Co., Commandit-
gesellschaft auf Aktien in Berlin,
Bayerischen Disconto- und Wechsel-
Bank A.-G. in Augsburg,
Deutschen Bank Filiale München und
Wiesbaden,
Süddeutschen Bank, Abteilung der
Pfälzischen Bank, in Mannheim**

zahlbar.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Berlin dauernd
eine Stelle einzurichten u. bekanntzugeben, bei welcher
kostenfrei neue Gewinnanteilsbogen erhoben, fällige
Gewinnanteile eingelöst und Bezugsrechte ausgeübt,
Aktien zur Teilnahme an den Generalversammlungen
hinterlegt, sowie alle sonstigen, von der Generalver-
sammlung beschlossenen, die Aktienurkunden betreffen-
den Maßnahmen bewirkt werden können.

Die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto per
31. Dezember lauten wie folgt:

Jahres-Abschluß 1919.

Bestände.	„	Verpflichtungen.	„
Grundstücke u. Gebäude, Wiesbaden und München	568 493.—	Grundkapital	12 000 000.—
Werk Hölriegelskreuth	425 676.28	Anleihe 4 1/2 %	1 305 000.—
Eiswerke	3 415 518.93	„ 5 %	2 805 000.—
Sauerstoffanlagen usw.	3 157 520.06	Anleihe-Zinsen	57 072.50
Betriebsmittelwerte	377 933.22	Dividenden	37 565.—
Möbel	2.—	Verloste Anleihescheine	72 750.—
Werkzeug und Geräte	2.—	Gesetzliche Rücklage	1 200 000.—
Lager (nur Rohmaterialien)	551 987.03	Sonder-Rücklage	1 550 000.—
Stahlflaschen	1 999 429.66	Beamt.-pensionsfonds	1 642 255.50
Patente	2.—	Hypothesen	630 069.73
Vorräte auf Lieferungen 1919	1 184 271.46	Glauliger**)	9 227 361.80
Barbestand	11 200.58	Satzungsmäßige Tantiemen	101 060.04
Bankguthaben	9 013 078.90	Gewinn	1 794 568.23
Außenstände*)	7 009 965.27		
Wertpapiere und Beteiligungen	5 407 560.41		
		Gewinnverteilung:	
		Gewinn	M. 1 895 628.27
		„ An-sichtsrats-tan- tiemen	101 060.04
			M. 1 794 568.23
		12 1/2 % Divi- dende . 1 440 000.—	
		Zuweisung an den Beamt- pensions- fonds . . 200 000.—	
			1 640 000.—
		Vortrag auf neue Rech- nung	M. 154 568.23
			33 122 702.80

*) darunter ca. M. 4 300 000 Forderungen an
Tochter- und nahestehende Gesellschaften.

**) darunter Warenaufgaben M. 3 115 659.93,
Res. Anzahlungen und Kriegsabgaben.

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	„	Ha. u.	„
An Betriebskosten†)	2 938 576.67	Per Vortrag aus 1918	133 512.80
„ Abschreibungen	2 183 849.70	„ Liefergewinn und Patent- prämien††)	3 409 418.88
„ satzungsmäßigen Tantiemen	101 060.04	„ Ertrag aus Beteiligungen	552 044.75
„ Kursdifferenzen und Zinsen	263 815.24	„ Ertrag aus Eiswerken, Sauer- stoffanlagen usw.	3 186 893.45
„ Gewinn	1 794 568.23		7 281 869.88
			7 281 869.88

†) darunter Steuern, Abgaben und Gebühren
M. 563 948.54.

††) Patentprämien M. 146 788.89

Die Gesellschaft hat im Jahre 1900 eine 4%ige An-
leihe von M. 1 000 000.— aufgenommen und im Jahre
1911 diese Anleihe zur Verstärkung der Betriebsmittel
um M. 500 000.— auf M. 1 500 000.— erhöht. Die Rück-
zahlung erfolgt vom Oktober 1915 ab mit mindestens
M. 30 000.— jährlich innerhalb 33 Jahren, bzw. vom
Oktober 1917 ab mit mindestens M. 15 000.— jährlich
innerhalb 33 Jahren. Bisher wurden M. 185 000.—
getilgt.

Ferner hat die Gesellschaft 1913 weitere
M. 2 000 000.— und 1914 weitere M. 1 600 000.— 5%ige
zu 102 % rückzahlbare Teilschuldverschreibungen aus-
gegeben. Die Teilschuldverschreibungen werden in halb-
jährlichen Raten je am 1. April und 1. Oktober verzinst
und vom 1. Oktober 1918 bzw. 1919 ab mit mindestens
M. 100 000.— = M. 102 000.— Rückzahlungsbetrag bzw.
M. 50 000.— = M. 51 000.— Rückzahlungsbetrag im
Wege der Auslösung innerhalb 20 Jahren getilgt. Ver-
stärkte Auslösung oder Gesamtkündigung ist vorbe-
halten. Die Anleihen stehen einander im Range gleich
und sind nicht hypothekarisch eingetragenen.

Die Gesellschaft hat in Wiesbaden, München, Höl-
riegelskreuth, Dresden, Leipzig, Nürnberg, Düsseldorf,
Reisholz, Mülheim-Ruhr, Altona, Erfurt, Borsigwalde
und Bielefeld Grundbesitz in der Größe von ca. 126 000
qm, wovon ca. 29 000 qm durchgängig massiv bebaut
sind. Es befinden sich darauf 4 Eis- und 8 Sauerstoff-
werke, 2 Acetylen-Dissoziationsanlagen und eine Reihe von
Werkstätten, Büro- und Beamtengebäuden. Mit den
maschinellen Einrichtungen können 300 000 Kilo Eis in
24 Stunden, ca. 1500 cbm Sauerstoff und 20 cbm Stick-
stoff pro Stunde hergestellt und ca. 16 000 qm Lager-
räume gekühlt werden.

Die Gesellschaft besitzt 21 inländische und 49 aus-
ländische Patente.

Die Beteiligungen der Gesellschaft bestehen in der
Hauptsache aus:

M. 531 000.— Aktien der Gesellschaft für Markt- und
Kühlhallen, Hamburg; Dividende 1917: 7 %, 1918:
7 %, 1919: 8 %.

M. 1 000 000.— Geschäftsanteil der Hydroxygen-Ges. m.
b. H. Wien (früher Oesterreichisch-Ungarische Sauer-
stoffwerke G. m. b. H.).

Gesamtkapital M. 1 550 000.— voll einbezahlt.

Dividenden: 1917 = 6 %, 1918 = 5 %, 1919 = 9 %.

M. 555 000.— voll einbezahlte Aktien der Hydroxygen-
A.-G. Budapest.

Gesamtkapital M. 1 000 000.—

Dividenden: 1917 = 7 %, 1918 = 7 %.

M. 50 000.— Aktien der Dansk Ilt og Brintfabrik A/S,
Kopenhagen.

Gesamtkapital M. 200 000.—

Dividenden: 1917 = 10 %, 1918 = 15 %, 1919 =
15 %.

M. 35 000.— Aktien der Norsk Surtst & Vandstoffabrik
A/S, Kristiania.

Gesamtkapital M. 250 000.—

Dividenden: 1917 = 6 %, 1918 = 6 %, 1919 = 6 %.

M. 210 000.— Aktien der Nordiska Syrgasverken A/B,
Stockholm, davon M. 60 000.— Stammaktien und
M. 150 000.— Vorzugsaktien.

Dividenden auf beide Aktienarten: 1917 = 12 %,
1918 = 15 %, 1919 = 15 %.

Fr. 300 000.— Aktien des Sauerstoff- und Wasserstoff-
werks Luzern A.-G., vorm. A. Gmür, Luzern.

Gesamtkapital Fr. 600 000.—

Dividenden: 1916/17 = 8 %, 1917/18 = 10 %,
1918/19 = 10 %.

M. 375 000.— Geschäftsanteil der Guldner Motoren-Ges.
m. b. H. in Aschaffenburg.

Das Gesamtkapital beträgt M. 1 500 000.— Die
Fabrik baut Sauggasmotoren nach System Guldner,
sowie Rohölmotoren.

Dividenden: 1917 = 8 %, 1918 = 8 %, 1919 = 15 %.

M. 155 000.— Anteile der Wasserstoff-Sauerstoffwerk-
G. m. b. H., Schwarzenberg.

Gesamtkapital M. 500 000.—

Dividenden: 1916/17 = 12 %, 1917/18 = 12 %,
1918/19 = 20 %.

M. 1 260 000.— Aktien der Deutschen Oxydrie A.-G.,
Berlin.

Gesamtkapital M. 3 530 000.—

Dividenden: 1917 = 6 %, 1918 = 5 %.

Diese Gesellschaft wurde gemäß einem von beiden
Generalversammlungen am 9. März 1920 genehmig-
ten Vertrag durch Fusion unter Ausschluss der Liqui-
dation mit unserer Gesellschaft verschmolzen. Nach-
dem unsere Gesellschaft zusammen mit der Chemi-
schen Fabrik Griesheim-Elektron nahezu 80 % der
Aktien der Deutschen Oxydrie A.-G. erworben
hatte, erwies es sich als zweckmäßig, die Werke
der Deutschen Oxydrie zwischen Griesheim-Elek-
tron und unserer Gesellschaft aufzuteilen. Für die
ausstehenden Oxydrie-Aktien wurden neue Linde-
Aktien im Verhältnis von vier Linde-Aktien zu fünf
Oxydrie-Aktien gewährt.

Der Effektenbestand setzt sich zusammen aus:

M. 2 268 400.— nom. 5 % Deutsche Reichsanleihen
(Reichsanleihen).

M. 623 000.— nom. 5 1/2 % Oesterr. Kriegsanleihen.

M. 166 200.— nom. 6 % und 5 1/2 % Ungarische
Kriegsanleihen.

M. 431 150.— nom. div. Deutsche Staats- u. Provinz-
anleihen.

Von den Hypothekenschulden im Betrage von
M. 630 000.78 sind M. 150 000.— zu 4 %, M. 27 069.78 zu
4 1/2 %, M. 453 000.— zu 4 1/2 % verzinslich. Davon sind
M. 27 069.78 mit halbjährlicher Annuität zu tilgen. Der
Rest ist teils mit halbjährlicher Frist kündbar, teils zu
einem späteren Zeitpunkt, spätestens 1927 kündbar oder
rückzahlbar.

Die Abschreibungen verteilen sich auf:

Grundstücke und Gebäude, Wiesbaden u.
München M. 12 800.—

Werk Hölriegelskreuth M. 31 837.08

Eiswerke M. 369 944.40

Sauerstoffanlagen usw. M. 287 331.02

Stahlflaschen M. 570 786.24

Möbel, Werkzeug, Geräte und Lager M. 15 312.11

Außenstände, Wertpapiere u. Beteiligung, M. 556 268.76

M. 1 188 849.70

In Abteilung A beschäftigt sich die Gesellschaft mit
der Errichtung von Kälteerzeugungsanlagen und Eis-
fabriken für fremde und eigene Rechnung sowie dem
Betrieb solcher Anlagen. Sie betrieb bisher keine eigene
Maschinenfabrikation, sondern bezog die zu den Anlagen
erforderlichen Maschinen und Apparate von Maschinen-
fabriken. Seit Fusion der Gesellschaft mit der Deutschen
Oxydrie-Akt.-Ges. ist deren Maschinenfabrik Sürth bei
Köln in den Besitz der Gesellschaft für Linde's Eia-

